

# Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

# KPÖ



Mit dem „Schwarzen Walfisch“ hat ein weiteres Traditionswirtshaus zugesperrt. An seiner Stelle sollen Luxuswohnungen für ein betuchtes Publikum gebaut werden.

## Wohin entwickelt sich die Stadt?

In Linz wird viel gebaut, wie Baustellen an allen Ecken und Enden der Stadt zeigen. Ob da überall auch sinnvoll gebaut wird, ist freilich zu hinterfragen.

In Alt-Urfahr – in den 1970er Jahren zum Abriss freigegeben, nach massiven Protesten gerettet und in der Folge zu einem höchst attraktiven Wohngebiet

geworden – entstanden anstelle zahlreicher abgerissener Altbjekte meist hässliche Neubauten.

Am Pöstlingberg – in Sonntagsreden

als höchst schützenswerte städtische Grünzone betont – entstehen immer mehr Protzbauten für Neureiche und wird Grünland geopfert um sündteure Luxus-Eigentumswohnungen zu errichten. Und überragt wird das von einem wiederentdeckten und zunehmenden Trend zum Hochhaus.



**Gerlinde Grün**  
KPÖ-Gemeinderätin

## Geld für Menschen, statt für Banken

Der Gerichtsprozess um den SWAP zwischen Stadt und BAWAG geht im Herbst weiter.

100 Millionen Euro bot Bürgermeister Luger als Vergleich an. BAWAG-Chef Haynes winkte ab. Die gebotene Summe sei zu wenig. Zu wenig für eine Bank, die gerade wieder mit einem satten Gewinn bilanziert. 100 Millionen Euro sind aber sehr

viel Geld für eine Stadt, die ohnehin auf Sparkurs ist. Weitere Leistungskürzungen würden schlagend werden. Die KPÖ lehnt daher einen Vergleich ab.

Die einzig sinnvolle Lösung wäre es das Geschäft mit der Aufkündigung durch die Stadt 2011 abzuschließen und keine weiteren Steuergelder für Anwalts- und Gerichtskosten zu verschleudern.

### **Was bringen uns Freihandelsabkommen?**

Die EU-Konzerne drängen auf die vorläufige Anwendung des Freihandelsabkommen CETA (EU-Kanada), das als Blaupause für TTIP (EU-USA) gilt. Was bedeutet das für Lohnabhängige, KonsumentInnen und öffentliche Dienste?



**Thomas Diesenreiter** *Geschäftsführer der Kulturplattform OÖ*

Handel ist ja nichts Schlechtes. Bedenklich sind aber die Aushebelung des öffentlichen Gerichtswesens und Klagsmöglichkeit gegen politischer Entscheidungen. Ohne Begleitmaßnahmen ist eine weitere Konzentration von Marktanteilen und Macht in der Hand weniger zu befürchten.



**Heike Fischer** *Landesvorsitzende des Gewerkschaftlichen Linksblocks OÖ*

Öffentliche Dienste dürfen nicht privaten GeschäftemacherInnen ausgeliefert werden. Gute Arbeitsbedingungen, faire Einkommen, Mitbestimmung und geregelte Arbeitsbeziehungen werden untergraben. Es droht eine Gesellschaft, die den Menschen in den Hintergrund rückt.



**Gernot Almesberger** *Sprecher der Initiativplattform TTIP stoppen OÖ*

CETA opfert für die Konzerne unsere Demokratie, Lebens-, Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards. Die Regierung muss ihren Vertreter im EU-Ministerrat zu „Zweimal NEIN zu CETA!“ verpflichten. NEIN zur vorläufigen Anwendung, NEIN zu CETA generell! Deshalb am 17.9. (10:00 Uhr, Landhaus) für CETA-Stopp und einen gerechten Welthandel!

### **VfGH aus der Verfassung geraten**

Was hat den Verfassungsgerichtshof geritten, dass er so aus der Verfassung geriet? Warum hat er nicht einfach nochmal alle Stimmen neu auszählen lassen?

Sitzen im VfGH etwa die Steigbügelhalter einer zukünftigen blau-schwarzen Koalition? Und wir SteuerzahlerInnen dürfen die Millionen der Wahlwiederholung berappen. Es wird sich beim neuerlichen Urnengang doch kaum ein Hofer-Wähler umstimmen lassen und nun Van der Bellen wählen bzw.

wird kein VdB-Wähler in einer derart geistigen Umnachtung versinken, dass er nun Hofer wählt.

Das Einzige, das noch ein wenig Licht am Ende des Wahl隧nells erkennen lässt, ist die Vermutung, dass sich angesichts der drohenden Gefahr eines blauen Bundespräsidenten NichtwählerInnen am 2. Oktober aufraffen und nolens volens ihre Stimme für den Demokraten Van der Bellen abgeben.

Denn, wie heißt es so schön: wer blau ist, sollte nicht ans Steuer!



**Karin Antlanger**  
*Juristin und Sozialpädagogin,  
Betriebsrätin EXIT-sozial Linz*

## Wem gehört die Stadt?

Die Bevölkerung wächst stetig. Sind höhere Verbauungsdichte und Hochhäuser die richtige Antwort?



Anstelle der früheren Anton-Bruckner-Privatuniversität in der Wildbergstraße sollen zwei Wohntürme gebaut werden. Dagegen gibt es viele Bedenken.

Wer aufmerksam durch die Stadt flaniert, dem wird nicht entgangen sein, dass an allen Ecken und Enden gebaut wird. Besondere Aufmerksamkeit erregt, wenn bis dato vertraute Bebauung durch Neues markant verändert wird. Gewachsene Stadtteile wie Alt-Urfahr geraten zunehmend unter Druck.

### Alt-Urfahr im Visier

So soll etwa das Gasthaus „Schwarzer Waldfisch“ einem dreistöckigen Bau mit Luxuswohnungen weichen. Seit dem der Bebauungsschutz für dieses Gebiet aufgehoben wurde, strecken private Investoren ihr Fühler aus. Nicht die Schaffung günstigen Wohnraums, sondern die Gewinnmaximierung ist das Geschäft von Immobilieninvestoren. Gentrifizierung bedeutet, das soziale Gefüge eines

Stadtteils durch steigende Mietpreise und Verdrängung einkommensschwächerer Bevölkerung zu verändern. Auch die Verdichtung durch Bebauung von brachliegenden Grundstücken, Innenhöfen und Dachbodenausbauten gehen für die Stammbevölkerung mit Unannehmlichkeiten einher.

### Protest bei Merkursiedlung

Der Verlust an Grünraum, Lärmbelästigung und höheres Verkehrsaufkommen ruft Widerstand auf den Plan. So wehrt sich etwa eine BürgerInneninitiative am Pöstlingberg gegen die Verbauung der Freiflächen bei der Merkursiedlung durch ein Investorenprojekt. Waren Wohn-Hochhäuser lange verpönt, stehen derzeit drei Projekte in den Startlöchern. Besonders umstritten sind die Brucknertürme in Urfahr.

Bis dato scheitern diese an der Zustimmung des Gestaltungsbeirates. All diesen Projekten gemeinsam ist, dass es an einem städtebaulichen Konzept mangelt. Die Stadtpolitik ist getrieben von Investoreninteressen, eine demokratische Willensbildung im Gemeinderat und mit betroffenen AnrainerInnen fehlt.

### Was will die KPÖ?

- + Das Wohl der Bevölkerung muss im Mittelpunkt stehen
- + Öffentliche Interessen vor privaten Profitinteressen
- + Sozialer Wohnbau mit leistbaren Mietwohnungen
- + Den Charakter von Stadtteilen schützen
- + Einbeziehung der Bevölkerung bei Bauvorhaben (nicht nur der Eigentümer)
- + Anliegen von BürgerInneninitiativen berücksichtigen

## Splitter aus dem Gemeinderat

### Spendable Stadt

Kräftig mit Steuergeldern subventioniert werden auch 2016 wieder „Krone-Fest“ (79.550 Euro) und City Ring (90.000 Euro für eine Image-Kampagne). Für die KPÖ ein No-Go, wenn gleichzeitig im Sozialbereich der Rotstift angesetzt wird. Daher ein Nein von Gemeinderätin Grün.

### Privater Einstieg

Ein Vorstoß der ÖVP, ein Umfaller der SPÖ: Private Investoren sollen jetzt die Tabakfabrik nach dem Geschmack der Wirtschaft entwickeln. Dazu wurde am 30.6.2016 ein Bieterverfahren beschlossen, das satte 0,8 Mio. Euro kostet. Die KPÖ lehnte das ab, ebenso die Grünen.

### Radverkehr zweitrangig

Die Probleme seien wohlbekannt, die Sachzwänge stünden aber einer Lösung im Sinne des Radverkehrs entgegen, so die Reaktion von FPÖ-Stadtrat Hein zur KPÖ-Anfrage betreffend die Verschlechterungen für RadfahrerInnen bei der Auffahrt von der Hafensteinstraße zur Voest-Brücke.

### Protest unerwünscht

Heftige Unmutsäußerungen betroffener AnrainerInnen gab es im Gemeinderat am 19.5.2016 zur Ablehnung von Maßnahmen um die Verbreiterung der A7 im Bereich der Posthofstraße durch die ASFINAG zu entschärfen. Dazu KPÖ-Gemeinderätin Grün: „Es ist erstaunlich, dass die sonst immer bestens informierte Stadt in dieser Causa nicht informiert ist und nur Parteienstellung hat“.



## Aktivpass, bleib wie du bist!

Der 1989 eingeführte Aktivpass ermöglicht Menschen mit weniger als 1.195 Euro Nettoeinkommen durch ermäßigten oder freien Eintritt in Bäder, Museen, Galerien und Theatern die Beteiligung am gesellschaftlichen Leben. Mit einem Monatsticket um zehn Euro wird zugleich die ökologische Mobilität gefördert.

Bereits 2011 forderte die FPÖ, Drittstaatsangehörigen den Aktivpass erst nach dreijährigem Hauptwohnsitz zu gewähren. 2014 wurde auf ihr Betreiben Studierenden mit Nebenwohnsitz der Aktivpass gestrichen. Laut rot-blauen Koalitionsvertrag soll künftig das Haushalts- statt dem Individual-einkommen zugrunde gelegt werden.

Damit würden tausende Menschen im Niedriglohnssektor, Teilzeitbeschäftigte oder PensionistInnen den Aktivpass verlieren.

Daher informiert die KPÖ mit der Aktion „Aktivpass bleib wie du bist“ über diese Pläne. Über 1.200 Menschen haben bereits gegen die drohende Verschlechterung unterschrieben.



Aktivpass bleib wie du bist: Die KPÖ bei der Demo gegen die Kürzung der Mindestsicherung im Mai 2016.

## Verweilen statt Konsumzwang

Auch in Linz gerät der öffentliche Raum unter Druck, wächst das Bestreben diesen einzuzengen und gewinnbringend zu vermarkten.

Orte zum Verweilen ohne Konsumzwang sind aber besonders für einkommensschwache StadtbewohnerInnen wichtig. Parks und Freizeitflächen sind Orte der Begegnung für alle und steigern die Lebensqualität. Zahlreiche Plätze wurden in Linz schon zu Eventflächen umge-

baut. Grünflächen, Bäume und Bänke stören die Nutzung für kommerzielle Events. Zahlungsschwaches Publikum ist unerwünscht.

### Gestörte Geschäfte

Das gilt für bettelnde Menschen und Punks, die mittels Bettelverbot und Stadtwache vertrieben werden, weil sie den Geschäftshergang stören. Das gilt für Obdachlose, Alkoholranke oder Drogensüchtige, die man aus dem Hespenspark verdrängen will. Wenig übrig

hat die Stadt auch für das wachsende Grillbedürfnis. Nur in Margarethen und am Pleschingersee darf öffentlich gegrillt werden. Die FPÖ fordert bereits ein Grillverbot.

Aber der öffentliche Raum ist für alle da, seine Nutzung darf nicht durch private Interessen und Geld bestimmt werden. Konflikte müssen mit sozialen Interventionen begegnet werden. Eine teure Law- und Order-Politik spaltet hingegen die Gesellschaft und verdrängt die Armen aus dem öffentlichen Raum.

Aktuell, Nummer 5, August 2016

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web ooe.kpoe.at; Konto Oberbank IBAN AT52 1500 0004 8021 9500, BIC OBKL AT2L, Druck: druck.at, Leobersdorf. Fotos: Archiv, Scheinost, Meister Eder, Grünwald.



Antwortkarte (oder E-Mail an: [ooe@kpoe.at](mailto:ooe@kpoe.at)) Ja, ich bin interessiert, schickt mir Infos:

Aktivpass:  Unterschriftenliste  Folder  Postkarte  Aufkleber  Plakat A3

Folder:  KPÖ im Gemeinderat  Energiegrundsicherung  Asylpolitik

Broschüre:  Verstaatlichte  Frauenwiderstand  Freifahrt  Henriette Haill

Probeexemplar:  Volksstimme  Die Arbeit  Der Mieterschutz  Café KPÖ

Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Porto bei der Empfängerin einheben

ANTWORTSENDUNG

An die  
KPÖ-Linz  
Melicharstraße 8  
4020 Linz